

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Lutze, Herbert Behrens, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/7789 –

Das Nordstream-2-Projekt vor dem Hintergrund der Energiesicherheit und Sanktionspolitik gegen Russland

1. Wie bewertet die Bundesregierung das Nordstream-2-Projekt hinsichtlich der Energiesicherheit für Deutschland und die EU?

Nach Kenntnisstand der Bundesregierung wird die Eigenförderung von Erdgas in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien in den kommenden Jahren zurückgehen. Die Bundesregierung nimmt die Annahme der am Projekt beteiligten Firmen, dass dies zu einer Deckungslücke führen wird, die durch zusätzliche Importe u. a. aus Russland abgedeckt werden kann, ebenso zur Kenntnis wie eine Reihe z. T. stark voneinander abweichender Expertenmeinungen zur Frage des künftigen Erdgasbedarfs in Deutschland und Europa.

Das Projekt Nord Stream 2 kann vor diesem Hintergrund einen Beitrag zur Energiesicherheit Deutschlands und der EU leisten.

2. Wie bewertet die Bundesregierung das Nordstream-2-Projekt hinsichtlich der Energieunabhängigkeit Deutschlands und der EU?

Die Frage der Abhängigkeit Deutschlands und der EU von Energierohstoffimporten hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Energiemärkte in Deutschland, Europa und weltweit ab. Die Transportinfrastruktur ist hier einer von vielen Faktoren. Die Steigerung der Energieeffizienz und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien leisten aus Sicht der Bundesregierung zudem einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger wie Erdgas. Eine Nord Stream 2-Pipeline würde als Infrastrukturprojekt im Energiebinnenmarkt im Wettbewerb mit LNG-Terminals und Pipelineanbindungen Europas mit anderen Lieferländern stehen.

3. Wie bewertet die Bundesregierung das Nordstream-2-Projekt vor dem Hintergrund des Ziels der EU, eine größere Diversifizierung der Energieversorgung zu erreichen?

Durch eine Nord Stream 2-Pipeline würden die Lieferwege weiter diversifiziert, da eine zusätzliche Gastransportmöglichkeit geschaffen würde.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 17. März 2016 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.